



Foto: EVN

Deutschlandticket soll ab 2026 pro Monat 63 Euro kosten

18. September 2025, 19:40

Der Preis des Deutschlandtickets im Nahverkehr soll im kommenden Jahr von derzeit 58 Euro auf 63 Euro pro Monat steigen. Hintergrund ist ein Finanzstreit zwischen Bund und Ländern. Die Folgen bekommen nun die Kunden zu spüren.

Nur ein Jahr nach der vergangenen Preiserhöhung soll das Deutschlandticket im Nahverkehr wieder teurer werden. Die Verkehrsminister der Länder einigten sich bei ihrer Sonderkonferenz in München einstimmig auf eine Anpassung auf 63 Euro im Monat. Bereits zu Jahresbeginn war der Preis des Tickets von 49 Euro auf 58 Euro gestiegen. Das Deutschlandticket gibt es seit Mai 2023.

“Die Nutzerinnen und Nutzer können sich darauf verlassen, alle haben jetzt Klarheit, wie das weitergeht”, sagte der Vorsitzende der Konferenz, Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU) vor Journalisten in München. Bund und Länder hätten sich in den nicht einfachen Verhandlungen aufeinander zubewegt und darauf verständigt, bis 2030 jeweils 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen.

Preisindex soll zähe politische Debatten künftig verhindern

Von 2027 an soll der Preis des bundesweit gültigen Deutschlandtickets nach einem festen Mechanismus gebildet werden – die meist zähen Verhandlungen von Bund und Ländern würden damit der Vergangenheit angehören. “Da gibt es jetzt keine großen Sprünge mehr”, sagte Bernreiter. Es könne auch sein, dass der Preis wegen einer Deflation mal zurückgehe. “Wir wollen, dass das ein Automatismus wird, der dann mit klaren Kennzahlen zu berechnen ist. Bis zum Herbst 2025 soll ein Kostenindex gebildet werden, der etwa Lohn- und Energiekosten berücksichtigt.”

Das von Bund und Ländern kräftig subventionierte Ticket sorgt seit seiner Einführung für erhebliche Einnahmeausfälle bei Verkehrsunternehmen, weil frühere Abos teurer waren. Das Ticket wird nach Branchenangaben von rund 14 Millionen Menschen genutzt und ermöglicht bundesweit Fahrten im öffentlichen Regional- und Nahverkehr.

Stefan Schnorr, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, sprach von einem guten Tag. Es gebe Klarheit, dass das Ticket dauerhaft Bestand habe. Der Bund habe die Mittel für die kommenden Jahre zugesagt, trotz knapper Kassen. Zur Finanzierung werde es keine Hängepartie mehr geben. Schnorr zeigte sich optimistisch, dass durch die neue Planungssicherheit auch mehr Kunden für das Ticket gewonnen werden könnten.

Finanzstreit zwischen Bund und Ländern

Hintergrund der erneuten Preiserhöhung zum 1. Januar 2026 ist ein Finanzstreit zwischen Bund und Ländern. Knackpunkt der Verhandlungen war, wie erwartete Mehrkosten bei Verkehrsunternehmen ausgeglichen werden können. Da beide Seiten darauf beharrten, nicht mehr Geld geben zu können, blieb am Ende nur die erneute Preiserhöhung.

Laut dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) würde ohne "Dynamisierung" bereits 2026 eine massive Finanzierungslücke von prognostizierten 800 Millionen Euro drohen. "Die Preiserhöhung im Rahmen der Kostenentwicklung schließt allein die Finanzierungslücke für 2026 nicht", sagte Präsident Ingo Wortmann. Mit der Planungssicherheit für die Branche müsse nun verstärkt auf die Werbung, den Vertrieb des Tickets und weitere Tarifvereinfachungen im ÖPNV reagiert werden. Durch mehr Verkäufe auch bei Job-Tickets müsse die Finanzierungslücke geschlossen werden.

Kritik an Bund wegen Koalitionsvertrag

Vor der Verkehrsministerkonferenz hatten Länderminister der Bundesregierung die Schuld an einer Preiserhöhung gegeben – auch der Bruch des Koalitionsvertrages wurde Union und SPD vorgeworfen. Schnorr betonte dagegen, er sehe im ausgehandelten Kompromiss eine "klare Umsetzung des Koalitionsvertrages", da das Ticket erhalten bleibe und es jetzt mehr Planungssicherheit gebe. Im unter Finanzierungsvorbehalt stehenden Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD heißt es, der Preis solle erst ab 2029 schrittweise und sozialverträglich erhöht werden.

Die für Mobilität im Saarland zuständige Ministerin Petra Berg (SPD) sprach trotz der Erhöhung von einem "Meilenstein": "Mit dieser moderaten Preissteigerung bleibt die Attraktivität des Tickets erhalten." Sie sehe ein "großes Potenzial für weitere Kunden". Dagegen fürchtete ihr Parteifreund, Niedersachsens Verkehrsminister Grant Hendrick Tonne, dass Menschen mit knappem Budget das D-Ticket nun hinterfragen würden.

Das Fazit von Nordrhein-Westfalens Verkehrsminister Oliver Krischer (Grüne) fiel dagegen kritischer aus: "Enttäuschend ist, dass die Bundesregierung von ihrer Zusage aus dem Koalitionsvertrag abgerückt ist, den Preis bis 2029 stabil zu halten." Thüringens Infrastrukturminister Steffen Schütz (BSW) betonte zudem: "Jede andere Entscheidung als dieser Kompromiss wäre ein politischer Offenbarungseid gewesen."

Milliarden für Pendlerpauschale nur schwer zu vermitteln

Von der Allianz Pro Schiene hieß es, die Preiserhöhung werde viele Menschen vor den Kopf stoßen und kaum zu steigenden Abozahlen führen. "Es ist bedauerlich, dass Bund und Länder darauf beharren, ihren Anteil nicht zu erhöhen." Es sei schwer zu vermitteln, warum der Bund zusätzliche Milliarden für eine Erhöhung der Pendlerpauschale bereitstelle – aber die Finanzierungslücke beim Deutschlandticket nicht schließen wolle.